

Hartmut Schröter

Pfarrer i.R., nach einer Studienleitertätigkeit im Evangelischen Studienwerk Villigst Pfarrer in der Melanchthonkirche Bochum und zuletzt Leiter der Evangelischen Stadtakademie Bochum. Zur Zeit Sprecher des Arbeitskreises "Naturwissenschaft und Theologie" an der Ev. Akademie in Villigst.

Unmaßgebliche Gedankengänge zum Ukrainekrieg - Eine persönliche Selbstklärung  
geschrieben 31. Juli 2022

Vorbemerkung zur heutigen Situation - Ende Oktober 2022

Den folgenden Beitrag zum Ukrainekrieg habe ich am 31. Juli 2022 ausformuliert. Ich lasse ihn unverändert, schicke aber eine Einordnung in Bezug auf die jetzige Lage am 24.10.22 voraus. Der Artikel hat aufgrund seines abwägenden Charakters unter Freunden und Freundinnen gute Resonanz gefunden. Er wurde angeregt durch Prof. Günter Brakelmann, der mich nach einigen internen Gesprächen im kleinen Kreis angefragt hat, ob ich nicht einen Beitrag für eine geplante Veröffentlichung schreiben könnte. Da ich über die Ukraine nicht mehr Wissen habe als gut informierte Zeitungsleser/innen, habe ich gezögert, dann aber gedacht, es handle sich um eine besondere Situation, in der die Urteilskraft gefordert ist. Diese kann für den besonderen Fall nie allgemeine Regelungen aufstellen, sondern muss in realistischer Auseinandersetzung mit einer solchen Lage das Angemessene und möglicherweise Rettende suchen und finden. Solche Urteile bleiben offen für andere Einschätzungen mit anderen Ergebnissen. Zumal jeweils ungesicherte Spekulationen über zukünftige Folgen in die Stellungnahme einfließen. Man wird sogar oft erkennen können, dass diese Zukunftsszenarien das Urteil über die Gegenwart vorrangig bestimmen. Hat die Ukraine militärisch auf Dauer eine Chance oder nicht?

Ich schicke voraus, dass ich zu denen gehörte, die diese Chance skeptisch beurteilt haben und weiterhin beurteilen, außer wenn in Russland etwas Entscheidendes geschieht. Mit tiefem Erschrecken habe ich wahrgenommen, dass die im Juli vermuteten Eskalationsstufen schneller als zu ahnen, eingetreten sind. (Teil-) Mobilmachung, die Definition der annektierten Gebiete als russisches Staatsgebiet, so dass der Ukrainische "Siegeszug" als Angriff auf Russland ausgegeben werden kann - mit unabsehbaren Eskalationsmöglichkeiten. Die jetzt mit der Zerstörung der gesamten Infrastruktur des Landes und der bewusst betriebenen Brutalisierung des Krieges von russischer Seite eingeleitet wurden. Was ja auch heißt, dass man damit bisher gezögert hat.

Schon wird der Krieg immer stärker als einer gegen den Westen und die Nato deklariert. Ein Angriff auf die besetzten Gebiete (mit effektiven westlichen Waffensystemen) kann als Angriff auf Russland ausgegeben werden und in der russischen Bevölkerung plausibel gemacht werden. Ein wie auch immer gearteter Atomschlag wird wahrscheinlicher. Dramatische Reaktionen der NATO würden die Gefahr eines Atomkrieges sehr erhöhen. Mit guten Gründen werden viele ein, dass dies alles nicht mehr von unserem Verhalten abhängen wird, sondern je nach Einschätzung und Bedarf auch ohne Gründe in Russland entschieden wird.

Es geht aber eben nicht nur um die Ukraine, sondern auch um die politische Weltlage, für die die Weichen gestellt werden. Entweder noch Spielräume für eine zukünftige Abkühlung, Wiederannäherung und Friedensoption oder eine lange Phase für weltweite Kriegsoptionen. Solche Gefahren verlangen vielleicht auch jetzt noch, wie ich es im Juli zu Bedenken gegeben habe, die schrecklichen Folgen der Eskalationsstufen auch gegen die Siegesoption der Ukraine in die Waagschale zu werfen und nach pragmatischeren Lösungen zu suchen, wie ich sie damals erwogen habe und wie sie zu Beginn des Krieges auch von der Politik der Ukraine erwogen wurden. Darin fühlte ich mich durch den Leitartikel von Jürgen Habermas in vielen Punkten bestätigt. Meine Überlegungen decken sich erstaunlicherweise nun häufiger mit Einschätzungen von ausgewiesenen Sicherheitsexperten (George Beebe z.B.). So dass ich mich bestärkt fühle, sie auch in der jetzigen Situation zu vertreten. Ich habe aber auch informierte Gesprächspartner/inne, die jeden Kompromiss mit einem solchen Kriegsherren für unangebracht oder aussichtslos halten. Durchaus plausibel. Aber, was folgt daraus?

Unmaßgebliche Gedankengänge zum Ukrainekrieg - Eine persönliche Selbstklärung

Zur Selbstklärung in der unabsehbaren Situation, in die der Ukrainekrieg möglicherweise den ganzen Globus versetzt hat, lese ich jeden Tag neue Einschätzungen und Einordnungen in Zeitungen, folge Talkshows, treffe mich mit geschichtskundigen Gesprächspartner\*innen, spreche ich mit friedensbewegten Freund\*innen, habe ich mich den Argumenten und Erfahrungen einer jungen Ukrainerin gestellt, die aus der Perspektive der Ukraine und ihrer persönlichen Bedrohung gesprochen hat. Dabei wird offensichtlich, dass die Betroffenenperspektive in Hinblick auf den Einsatz des eigenen Lebens unvermeidlich eine andere ist. In der Tat muss die Ukraine selber entscheiden, wozu sie bereit ist. Aber dieser Krieg betrifft uns alle, inzwischen über die Gefahr einer Hungerkatastrophe die ganze Welt. Vor allem aber wird dieser Krieg die Weltpolitik neu

ausrichten, in eine Lagerbildung treiben und die Militarisierung von Konflikten vorantreiben. Insofern ist es wohl geboten und erlaubt, die Chance zu nutzen, aus unserer Distanz heraus die Gesamtlage und deren drohende Folgen in den Blick zu nehmen.

### Berücksichtigung der Kriegssituation

Bei mir und anderen bemerke ich, dass die eigenen friedenspolitischen Grundüberzeugungen (für oder gegen Waffenlieferungen z.B.) sich mit dem Verlauf des Krieges modifizieren. Wenn ich also versuche, mir und anderen Rechenschaft über meine auf den Ukrainekrieg fokussierte Einschätzung der Weltlage zu geben, muss ich mir zunächst den Zeitpunkt dieser Überlegungen im Geschehen verdeutlichen. Ich schreibe im Juli 2022, in dem die Ukrainischen Truppen im Osten ihres Landes von einer russischen Übermacht zurückgedrängt werden. Die Kenntnis dessen, wie sich die militärische Lage bis dahin entwickelt hat, setze ich hier voraus. In dieser Situation, in der die Gefahr besteht, dass der russische Aggressor die Oberhand gewinnt und bei weiteren Erfolgen sein Ziel der vollständigen Unterwerfung dieses Landes in politischer, kultureller und wirtschaftlicher Hinsicht erreichen könnte, bange auch ich mit vielen anderen darum, ob nicht massive und zeitnahe Waffenlieferungen diese totale Kapitulation verhindern könnten. Zumindest jedoch einen Spielraum eröffnen, in dem auch die Gegenseite ein Interesse an einem Waffenstillstand oder gar einem Befriedungsprozess entwickeln könnte. Auch ich habe den Eindruck gewonnen, dass die russische Seite im Bewusstsein weiterer Mobilisierungsmöglichkeiten auf eine Einnahme und Eingliederung der Ukraine zusteuert. Dies wurde inzwischen vom russischen Außenminister als Kriegsziel bestätigt.

Die auch für mich erstaunliche Durchhaltefähigkeit des ukrainischen Militärs und der Bevölkerung hat jedoch auch dazu geführt, dass die Führungsspitze des Landes von einem Sieg träumt, durch den auch noch die Krim zurückerobert würde. Sind das nur Durchhalteparolen oder optimale Kriegsziele, um eine Verhandlungsposition aufzubauen? Oder strebt man das wirklich an und hofft, dass die Waffenlieferungen aus dem Ausland dies ermöglichen könnten? Spätestens hier drängen sich mir grundlegende Bedenken und Differenzierungen auf.

### Völkerrecht und Abwägung der Kriegsfolgen

Sie werden zunächst eingehengt durch die auch von mir geteilte Ü

berzeugung, dass dieser Krieg und seine Ziele einschließlich der Okkupation der Krim völkerrechtswidrig sind und allen auch von Russland unterschriebenen Verträgen widersprechen. Wie kann man da anders denken und empfinden, als dass diese Aggression vollständig zurückgenommen oder -gedrängt werden muss? Aus dieser moralisch berechtigten Entrüstung beziehen unsere Außenministerin und viele politische Instanzen ihre Überzeugungskraft und Legitimation. Sicherlich sind solche Verlautbarungen auch gemeint als notwendige moralische Unterstützung der angegriffenen Ukraine. Wenn man daraus jedoch eine Legitimation ableitet, Russland auf Dauer schädigen und nieder machen zu wollen, ist die Grenze einer moralischen Rechtfertigung meines Erachtens überschritten.

Aber was ist, wenn diese sich auf das Völkerrecht und Verträge berufende Position nicht mit vertretbaren Mitteln durchsetzbar ist? Wozu der Verzicht auf ein direktes Eingreifen der NATO auf dem Territorium der Ukraine im Blick auf die Gefahr eines Atomkriegs gehört. Geht man davon aus, wozu ich neige, dass Russland weitere Optionen hat, militärisch zu eskalieren und den Grad der Zerstörung des Landes zu steigern, dann stellt sich mir die Frage, ab wann es nicht mehr zu verantworten ist, den Krieg weiter zu führen? Oder es notwendig wird, den Punkt zu bestimmen, an dem mit Kompromissvorschlägen noch ein Waffenstillstand zu erreichen und eine eigenständige Existenz des Staates zu retten ist. Sind die Opferzahlen nicht zu hoch? Wiegt das Leid und das Sterben der Soldaten und der Bevölkerung nicht so schwer, dass ein Ende mit einer Aussicht auf eine hoffentlich bessere Zukunft geboten ist? Als Außenstehender ist man auch berechtigt und aufgerufen, an das Leid der russischen Soldaten und ihrer Familien zu denken. Ist ein Weiterleben unter gewiss desaströsen Verhältnissen unter russischer Führung nicht einer völligen Zerstörung der Infrastruktur und der Lebenswelt mit all ihren Folgekonflikten vorzuziehen? Auch in der Hoffnung, dass passiver Widerstand oder nicht absehbare zukünftige Entwicklungen neue Spielräume eröffnen könnten? Fachleute sehen und prognostizieren einen völligen Zusammenbruch der ukrainischen Wirtschaft, eine irreversible Fluchtbewegung aus dem Osten der Ukraine in den Westen und mangelnde Rückkehrperspektiven für die nach ganz Europa geflüchteten Bürgerinnen. Dies alles gehört in die Waagschale auf der Suche nach einem leidlichen und gewiss leidvollen Kompromiss, wenn er denn überhaupt zu finden ist.

Wenn dieser Krieg einen Rückfall in das imperialistische Denken und Handeln des 19. Jahrhunderts bedeutet, dann gehörte in dieser Logik auch die Einsicht in eine Niederlage und deren Verhandlung hinzu. Müsste man jedoch annehmen, dass die eine Seite nach

dem Modell des 2. Weltkriegs einen totalen Vernichtungskrieg anstrebt, dann wäre auch diese Option kam vertretbar. Man müsste in der Tat weitere Optionen prüfen, wie das möglichst zu verhindern wäre.

Es ist verständlich, dass die ukrainische Führung den Eindruck erweckt, dass ein solcher Vernichtungskrieg schon längst geführt wird. Wer jedoch die Möglichkeiten des russischen Militärs im Blick hat und sich an die Bombardements des 2. Weltkriegs erinnert, wird erkennen können, dass trotz aller Grausamkeit und Zerstörungswut des russischen Militärs die "Objekte" (und seien es zivile Einrichtungen, Kindergärten oder Krankenhäuser), noch gezielt ausgesucht werden. Selbst die von ukrainischer Seite genannte Anzahl der Toten bei russischen Angriffen waren anfänglich sehr gering, wenn man an die Flächenbombardements im 2. Weltkrieg oder auf anderen Kriegsschauplätzen denkt. Man kann auch vermuten, dass die russische Führung, wenn sie denn an einen totalen Sieg glaubt, nicht ein völlig zerstörtes Land übernehmen möchte. Oder kann man auch mit einer solchen interessegeleiteten Rationalität nicht mehr rechnen? Für diese Möglichkeit sprechen leider schwerwiegende Indizien, die ich mir nochmals vergegenwärtigen möchte.

#### Machtpolitische Einschätzung der NATO-Erweiterungen

An dieser Stelle wird die Auseinandersetzung mit der speziellen Begründung dieses Krieges durch den Kriegsherrn Putin wichtig. Und zwar in der Hinsicht, dass sein Traum von der Wiederherstellung des Russischen Großreiches unter Peter dem Großen oder der einstigen Sowjetunion für ihn eine weltgeschichtliche Mission geworden ist, für die jedes Opfer, auch der wirtschaftliche Niedergang durch die Sanktionen, erbracht werden muss. Seine Rede von der slawischen Welt unter russischer Hegemonie, seine geschichtlichen Rückgriffe auf die einstige Größe Russlands, seine geistigen Gewährsleute, seine Annäherung an die Russisch Orthodoxe Kirche, seine imperialen Zielvorstellungen sprechen dafür. Dass das russische Volk zu solcher weltgeschichtlichen Größe berufen sei, scheint große Teile der Bevölkerung in ihre lange gewohnte und erzwungene Opferbereitschaft einzuschwören. Die weit verbreitete Zustimmung zu diesem Krieg gründet nicht nur in der allgegenwärtigen Propaganda, sondern offenbar auch in einer geschichtlich verwurzelten Erfahrungswelt, in der Russland seit den Napoleonischen Kriegen sich gegen den überlegenen "Westen" mit seiner Opferbereitschaft und "slawischen Seele" behaupten konnte. So gilt nun wieder die NATO als der Feind aus dem "Westen". Wie ich aus Berichten von Hochschulkooperationen mit russischen Universitäten

gehört habe, teilen selbst hochgebildete und wissenschaftliche Gesprächspartner eine solche Sicht schon lange vor dem Ukrainekrieg. Die NATO ist der Feind.

So wenig uns dies gefällt, sollte man sich dieser Sichtweise stellen und sich nicht davon abschrecken lassen, als Russland- oder Putinverstehender abgetan zu werden. Wieder muss man vorausschicken, dass das anerkannte Recht der Staaten auf Selbstbestimmung auch die NATO-Erweiterungen in die ehemaligen Ostblockstaaten – wie auch von Russland vertraglich anerkannt – legitimiert. Allerdings weist die russische Diplomatie mit einem gewissen Recht darauf hin, dass dies unter Wahrung der gegenseitigen Sicherheitsinteressen vereinbart war. Dass die NATO-Erweiterungen nach dem Ende des Warschauer Paktes auch die Sicherheitsinteressen Russlands betreffen, kann man real- und machtpolitisch nicht mit dem Hinweis auf ihren reinen Verteidigungsauftrag abtun. Sie ist natürlich auch eine machtpolitische Einflusssphäre, die im Konfliktfall ein mächtiges Potential hat. Die Angst schürende öffentliche Meinungsbildung betont m.E. zu wenig, dass die NATO-Staaten im Vergleich zur russischen Rüstung ein Vielfaches der Militärausgaben aufbringen. Schon im Blick darauf sind die mit dem Ukrainekrieg begründeten Hochrüstungsvorhaben nicht –alternativlos–. Wenn, dann sollten sie von vornherein als eine Position der Stärke zur Einleitung neuer Abrüstungsvereinbarungen vorgesehen sein.

Selbst die amerikanische Politik nach dem Fall des –Eisernen Vorhangs– war zunächst zurückhaltend in Bezug auf eine schnelle NATO-Erweiterung, wie uns Historiker aufgewiesen haben. Noch Präsident Clinton sei mit Verständnis für die russischen Vorbehalte skeptisch gewesen, habe aber im Blick auf seine Wiederwahl republikanischem Drängen nachgegeben. Präsident Bush jun. habe dann nach der von ihm ausgesprochenen Maxime gehandelt: –the winner takes all–. Dies war als machtpolitische Option verstanden und durchgeführt. Mit dem Irakkrieg hat dieser Präsident ja auch nach dieser Option gehandelt und ihn mit einer Lüge völkerrechtswidrig betrieben. Man kann gewichtige Unterschiede des Vorgehens der amerikanischen Politik auch in diesem Falle geltend machen. Das ändert aber nichts daran, dass auch hier das Völkerrecht mit moralischen Argumenten aus machtpolitischen und anderen Interessen gebrochen wurde. Das rechtfertigt ein solches Vorgehen in beiden Fällen nicht, man muss sich aber hüten, die machtpolitische Dimension des Konflikts mit Russland zu ignorieren. Auch ohne die extreme Einstellung Putins wird sie für die russische Politik maßgeblich bleiben und wäre langfristig zu berücksichtigen.

Unabhängig von der Frage, ob es zu Beginn verbindliche Absprachen

en mit der russischen Diplomatie über einen Verzicht auf die NATO-Erweiterungen gegeben hat, spricht doch schon das Erstaunen der deutschen Verhandlungspartner über das Einverständnis Gorbatschows mit der NATO-Erweiterung auf Ostdeutschland sehr dafür, dass das machtpolitische Problem für Russland nach der Auflösung des Warschauer Paktes durchaus auch von unserer Seite gesehen wurde. Man muss diesen machtpolitischen Aspekt notgedrungen mit einbeziehen, um nicht ein ganz verzerrtes Feindbild aufzubauen und danach zu handeln.

### Demokratisierungsangst als Kriegsgrund?

Im Rückblick spricht alles dafür, dass Präsident Putin den Einmarsch in die Ukraine schon lange geplant und im Auge gehabt hat. Spätestens nach der Flucht des gewählten ukrainischen Präsidenten Wiktor Janukowytsch vor den Protesten auf dem Maidan lag wohl für seine Weltsicht die Gefahr in der Luft, dass auch in Russland solche Bestrebungen Fuß fassen könnten. Man sollte auch nicht verleugnen, dass dessen erzwungene Flucht verfassungsmäßig einem Staatsstreich gleich kam. Was danach kam, wurde von der europäischen Öffentlichkeit mit Sympathie und großen Hoffnungen begleitet. Doch auch nach meiner Einschätzung entsprach die politische Entwicklung nicht unseren demokratischen und moralischen Standards. Noch vor kurzem hörte ich von einem Politikwissenschaftler, dass man die Ukraine zu den korruptesten Staaten hätte zählen müssen. Aus den genannten Gründen, aber auch wegen der unsicheren innenpolitischen Lage und der ambivalenten Beziehungen zu Russland in weiten Bevölkerungskreisen, war ich lange vor dem Ukrainekrieg gegen eine Nato-Mitgliedschaft. Sie wurde aber schon vor dem Krieg als Ziel ukrainischer Politik vorgegeben und wohl in den Verhandlungen zur Verhinderung des Krieges ein Verzicht nicht entschieden angeboten, wenn ich recht informiert bin.

Entscheidend für die Gewichtung der Frage, wieweit die Ukraine in ihrem Widerstand und für welche Zeiträume entschieden unterstützt werden sollte, sind für mich die Aussichten, die sie bei einer Okkupation erwartet. Könnte man davon ausgehen, dass sie am Ende in einer globalisierten Welt, in der die Nationen keine so große Rolle mehr spielen und sie als Mitglied in einer russisch dominierten Einflussphäre ihre Leistungsstärke entfalten und genießen könnte, täte sich ein Spielraum für eine heilende Zukunftsaussicht auf. Aber das ist nicht zu erwarten. Einmal abgesehen von den zu befürchtenden "Racheakten" ist es die Gleichschaltung der Gesellschaft durch eine konsequente Medienpolitik und innenpolitische Drohkulisse in Russland selbst, die einen das Fürchten um uns

selbst und die Ukraine lehrt. Es scheint so, dass die Innenpolitik um Putin seit Jahren konsequent das Ziel einer Diktatur mit totalitären Tendenzen verfolgt hat, um auch diesen Krieg vorzubereiten. Und solche Regime neigen zu einer aggressiven Expansionspolitik.

#### Indizien für einen totalitären Faschismus in Russland

Mit voller Berechtigung scheint mir der amerikanische Historiker Snyder herausgearbeitet zu haben, dass Putins Ambitionen und Taten nun alle Kriterien eines faschistischen Regimes erfüllen. Man dürfe sich bei dieser Einschätzung nicht einzig auf die Judenvernichtung durch Hitlerdeutschland fixieren. Auch ohne eine solche totale Vernichtungsabsicht lassen sich faschistische Regime klassifizieren. Snyder arbeitet heraus, dass auf der Grundlage des opfervollen antifaschistischen Kampfes (Opfermythos) und Sieges über Hitlerdeutschland (Siegermythos) jede inhaltliche Definition von Faschismus, der auch das eigene System betreffen könnte, unterblieben ist. In einer langfristigen Propagandageschichte konnte so jeder Feind der Sowjetunion als faschistisch denunziert werden. Auf dieser Grundlage kann und soll es keine Einsicht in eine mögliche Mitschuld Russlands – wie etwa im Falle des Stalin-Hitler-Paktes – geben. Dabei erfüllte das stalinistische System und nun auch Putins Russland wesentliche Kriterien eines reflektierten Faschismusbegriffs.

Dazu gehört die Definition und die Notwendigkeit eines Feindes. Die Organisation des Staates um eine Führergestalt. Die totale Machtergreifung der Staatspropaganda und Medienhoheit. Deren Ausrichtung auf vergangene Größe, um die man gebracht wurde. Das Heilsversprechen des Führers, sie mit allen Mitteln, auch mit Gewalt wieder herstellen zu können. Gegnerschaft wird auf eine internationale Verschwörung zurückgeführt. Die daraus abgeleitete geschichtliche Berechtigung motiviert zu einem Vernichtungskrieg. Der Gegner wird (insbesondere im Fall der Ukraine schon lange) auf eine Weise herabgesetzt, dass seine Kolonisierung und Unterdrückung geboten erscheint. Der Krieg als Reinigungsmacht. Nun in der Glorifizierung eines neuen Heroismus gegen – westliche Dekadenz – und ausnutzbare Nachgiebigkeit. Feindschaft gegen die Prinzipien der Demokratie. Diesen Tendenzen zu Grunde liegt eine Glorifizierung des Willens gegen eine vermittelnde Rationalität. Darauf zu bestehen, ist eine Verteidigungsstrategie von – Loosern –. Leni Riefenstahls Film – Triumph des Willens – verschaffte dem nationalsozialistischen Regime erst seine heroische Gestalt. Der – Wille zur Macht – als Prinzip jeder Wertsetzung wurde von Nietzsche als



Grundzug unserer Epoche erkannt. Wenn diese Kriterien auf Putins Russland zuträfen, dann wäre mit einer interessegeleiteten "vernünftigen" Lösung nicht zu rechnen, wie Snyder schlussfolgert. Ein "Sieg" Russlands würde dieses Regime im Konzert mit weiteren Regimen dieser Tendenz stärken und zur Expansion ermutigen. Russland dürfe auch im eigenen Interesse der Demokratien nicht siegen! Ob ein solcher Mindesterfolg jedoch die angezeigten Tendenzen zu begrenzen vermöchte, ist damit m.E. nicht ausgemacht.

Noch gibt es einen wesentlichen Unterschied zum Hitlerismus und Stalinismus, die eine totalitäre Weltanschauung unter schwerer Strafandrohung zur Pflicht gemacht haben. Aber Putin ist dabei, eine solche in nationaler Perspektive zu entwerfen und in weltgeschichtliche Ansprüche einzubauen. Mit Hitler teilt er inzwischen auch die kalkulierte Unberechenbarkeit bei konsequenter Verfolgung großräumiger Ziele. Vor allem aber die Methode, den bewusst aufgebauten Gegnern zu unterstellen, was man selber tut. In diese Kategorie gehören die Faschismusvorwürfe gegen die Ukraine mit ihren Anknüpfungspunkten an heute kaum noch wirksame faschistische Tendenzen in der Ukraine selbst, wie sie Bandera verkörpert hat.

#### Europa- und weltpolitische Dimensionen

Wenn die Ukraine im ganzen in die Hände eines solchen Regimes fällt, dann gute Nacht. Sie würde dann für diesen "Sieger über den unterstellten Faschismus" wieder zu einer rücksichtslos unterdrückten und ausgebeuteten Region. Was möglicherweise in einer breiten Öffentlichkeit in Russland als erneuter Sieg über den Faschismus und als eine gerechte Strafe gefeiert würde.

Solche, eine bessere Zukunft verbauenden Aussichten gehören für mich zu den stärksten Beweggründen, die Ukraine in der Sorge um eine solche Vernichtung ihrer Lebenswelt so weit es geht auch militärisch zu unterstützen. Es gibt genügend Anzeichen dafür, dass zumindest die jüngeren Generationen eine freiheitliche Gesellschaftsordnung unbedingt wollen und für deren Verwirklichung größte Opfer zu bringen bereit sind. Dies bietet zusammen mit der Würdigung des tapferen Widerstandes gegen den Aggressor eine wesentliche Voraussetzung dafür, der Ukraine zumindest einen Sonderstatus in Bezug auf die Beziehungen zur EU anzubieten, wenn auch eine volle Mitgliedschaft erst gemäß den geltenden Kriterien und nach realpolitischen Gesichtspunkten erwogen werden kann.

Damit ist der Übergang zur europa- und weltpolitischen Dimensio

n dieses Krieges angesprochen. Ich will hier nicht in die Diskussion um die Fehler der deutschen und europäischen Entspannungspolitik im Umgang mit Russland eingehen. Nur zu bedenken geben, was Dietmar Gabriel als beteiligter Politiker in Fernsehinterviews jüngst sehr überzeugend herausgearbeitet hat. Jede Entscheidung hatte einen situativen Kontext, der sie als die erreichbare oder bessere Möglichkeit gegenüber schlechteren Optionen erscheinen ließ. So vor allem das "Minsker Abkommen", das vermutlich schon damals einen möglichen Einmarsch verhindert und den zeitlichen Spielraum geschaffen hat, in dem die Ukraine sich mit amerikanischer Unterstützung so wirkungsvoll rüsten konnte. Überparteiliche Experten weisen darauf hin, dass auch die Ukraine ihre Verpflichtungen aus diesem Abkommen (vor allem in Bezug auf die geplanten Volksbefragungen im Dombass) nicht eingehalten hat. Auch dafür wird es jeweils situationsbedingte Gründe gegeben haben. Auch Gabriel räumte ein, dass man seit der Abspaltung des Dombass hätte ahnen oder wissen können, was Putin vor hatte. Aber deshalb war der Versuch nicht falsch oder gar verwerflich, durch eine Politik der wirtschaftlichen Verflechtung und politischen Zusammenarbeit einen dauerhaften "modus vivendi" mit Russland zu suchen. Solche Politik hat ja seit der Entspannungspolitik Willy Brandts in der Tat für eine echte Zeitenwende gesorgt, durch die auch die Ukraine zu einem selbstständigen Staat erst werden konnte. Und man kann nur hoffen, dass man in geraumer Zeit wieder zu einem geregelten Austausch auch in wirtschaftlicher Hinsicht mit Russland zurückkehren kann.

Wenn jetzt wieder von einer Zeitenwende im Sinne der Rückkehr zu längst überwunden geglaubten national-imperialen Modellen aus dem 19. Jahrhundert gesprochen wird, so ist dies gewiss auch der naiven Annahme geschuldet, dass Kriege um territoriale Ansprüche und Einflusssphären für unzeitgemäß gehalten wurden. Man macht sich auch nicht ausreichend klar, dass die amerikanische Weltpräsenz - von anderen Staaten mit ebensolchen Ansprüchen "als Einflusssphäre verstanden und bekämpft wird. Der Nahostexperte Michael Lüders hat ja immer wieder nachgewiesen, wie unmoralisch, widersprüchlich, interessengeleitet und auch völkerrechtswidrig diese Politik sich durchgesetzt hat.

Wenn man dies jedoch als eine - wenn auch beklagenswerte "Realität politischen Handelns auf allen Seiten mehr oder weniger einbeziehen muss, dann kommt es aber wesentlich auf die Gradunterschiede der Machtausübung und der politischen Handlungsmaximen an. Und da kann man nur froh sein, dass meine Generation unter amerikanisch-demokratischer Hegemonie und nicht unter russisch-stalinistischer Diktatur leben konnte. Wie auch der Ukraine zu w

ünschen ist, dass sie nicht unter die Kontrolle des derzeitigen Russlands gerät und damit die Fortsetzung einer Jahrhunderte währenden, höchst dramatischen Unterdrückungsgeschichte erleben muss. Man denke nur an das bewusste Aushungern der Ukraine mit mehreren Millionen Todesopfern unter Stalin im Rahmen seiner Zwangskollektivierung der Landwirtschaft.

Kompromisslösungen durch Verhandlungen?

Was aber vorbereiten und tun, um zu retten, was noch zu retten ist? Diejenigen, die zu Verhandlungen statt zu Waffenlieferungen oder zu einem bedingungslosen Waffenstillstand raten, sehen sich dem wohl berechtigten Einwand ausgesetzt, dass Russland an einer Verhandlungslösung z.Zt. nicht interessiert sei und auch jetzt noch - wie der amerikanische Geheimdienst zu wissen glaubt - an dem Ziel einer vollkommenen Eingliederung der Ukraine festhält und dafür einen längeren Krieg in Kauf nimmt. Militärexperten sagen uns, dass sie dazu auch in der Lage wären und den Krieg weiter eskalieren könnten. Wenn dies zutrifft, dann kommt es um so mehr auf eine langfristige Perspektive an. Was bedeutete dies jedoch?

Ich kann hier nicht die Rolle der Politik einnehmen. Möchte mich aber auch nicht dem Vorwurf aussetzen, bei hilflosen und z. Zt. vermutlich aussichtslosen Appellen zu Verhandlungen stehen zu bleiben. Ich frage mich, wie eine mögliche Kompromisslösung unter Berücksichtigung der vorgetragenen Situationsbeschreibung aussehen könnte. Angesichts der Hungerkatastrophen, die das Ausbleiben der ukrainischen Weizenlieferungen auszulösen drohen, ist speziell für dieses Problem ein erster Ausweg zu suchen. Man sollte den Zeitdruck, der sich auch in Bezug darauf ergibt, sehr ernst nehmen und zumindest eine Sonderlösung für dieses Problem anstreben (inzwischen vereinbart). Vor allem aber in Bezug auf die Eskalation der Opferzahlen und der Zerstörungen müssen Szenarien zur Beendigung der Kriegshandlungen entworfen und angeboten werden.

Aus diesen und vielen anderen Gründen sollte man der ukrainischen Option auf einen Sieg einschließlich der Rückeroberung der besetzten Gebiete entschieden widersprechen, so sehr man diesen Wunsch verstehen und gerechtfertigt finden kann. Für alle Gebietsszugeständnisse ließe sich wie für die Deutsche Wiedervereinigung eine gewaltlose Option für einen späteren Friedensvertrag offen halten. Für die Krim jedoch sollte man für Gegenleistungen einen Verzicht anbieten, mit dem auch die Ukraine die übrige Welt vor

n der Verpflichtung freispricht, ihretwegen bis zur Wiederangliederung an tiefgreifenden Sanktionen festhalten zu müssen. Denn bekanntlich hat die Krim nie zur Ukraine gehört, bis dass Chruschtschow sie in der Meinung, sie verbleibe ja auch dann noch im sowjetischen Machtbereich, "verschenkt" hat. Solche historischen Differenzierung sind mit ins Kalkül zu ziehen, auch wenn die Okkupation weiterhin als völkerrechtswidrig zu gelten hat. Eine solche Differenzierung gilt aber nicht für die weiteren, nun von Russland okkupierten Gebiete. Vor allem für den in diesem Krieg eroberten Süden mit dem Zugang zum Schwarzen Meer sollte die Ukraine in die Lage versetzt werden, einen solchen militärischen Druck aufzubauen, dass er entweder durch Verhandlungen oder Rückeroberung dem Staatsgebiet der Ukraine erhalten bleibt.

Wieweit dies auch für die Gebiete im Osten denkbar und durchsetzbar wäre, ist jedoch sehr zweifelhaft. Militärexperten weisen darauf hin, dass eine Rückeroberung, wie für die russischen Truppen die Eroberung der Städte im Häuserkampf, sehr viel aufwendiger und nur mit viel größeren Verlusten an Menschen und Material zu bewerkstelligen wäre. Die russische Seite könnte in diesem Falle (noch dazu mit einer allgemeinen Mobilmachung) sehr viel mehr "nachlegen" als die Ukraine selbst bei bester Ausrüstung. Außerdem ist schon damit zu rechnen, dass Russland diese Gebiete ins russische Staatsgebiet eingliedern will, so dass eine Rückeroberung teuflischerweise als Angriff auf das russische Staatsterritorium ausgegeben werden kann und damit zu einer erwartbaren, von der Bevölkerung mitgetragenen Eskalation führen könnte. Gemäß den Einschätzungen einiger Politikwissenschaftler wäre bestenfalls eine Regelung zu suchen und zu finden, die eine endgültige Lösung auf einen späteren Zeitpunkt vertagt und für die Provinzen eine Sonderregelung vorsieht. Vielleicht ein modifiziertes Wiederaufleben der Minsker Vereinbarungen mit einer kontrollierten Volksabstimmung.

Doch ist z.Zt. damit zu rechnen, dass sich die russische Seite selbst bei so großen Zugeständnissen nicht bremsen lässt. Deshalb sollten die langfristige Abkopplung von russischen Öl und Gas und die möglicherweise noch zu verschärfenden Sanktionen als Druckmittel aufrechterhalten werden bis ein solcher Kompromiss erreicht ist. Der Historiker Harriri prophezeit der russischen Wirtschaft mit guten Gründen gewaltige Einbrüche, so dass dieses Druckmittel in Verhandlungen wirksam eingesetzt werden könnte. Doch nur wenn die Milderung der Sanktionen bei entsprechenden Gegenleistungen in Aussicht gestellt wird, können sie in konkreten Fragen als Druckmittel fungieren. Wenn es zu einer vorläufigen Kompromisslösung kommen würde, dann müsste der Konflikt eingehegt wer

den, um nicht die ganze Weltpolitik zu bestimmen und zu blockieren. Gegen die inzwischen gängigen Optionen, Russland langfristig demütigen und nieder machen zu wollen, sollte dieser Haltung schon jetzt widersprochen werden. Einen "modus vivendi" mit Russland zu finden, bleibt weiterhin die Aufgabe für Europa, auch gegen mögliche amerikanische Interessen an der Niederhaltung Russlands.

### Selbstkritische Friedenspolitik im Horizont nachhaltiger "Erdpolitik"

Die ethischen und völkerrechtlichen Einwände sollten die machtpolitischen Dimensionen nüchtern mit einkalkulieren und uns nicht in eine moralisch berechtigte, aber am Ende tödliche Gefahr bringen. Dass wir selbst und die NATO unvermeidlich ebenfalls ein machtpolitischer Faktor sind und auch die westlichen Demokratien keine reine Weste haben, sollte uns vor verallgemeinerten Verteufelungen bewahren. Auch wenn es wahr ist, dass große Teile der russischen Bevölkerung diesen Krieg befürworten und einem Selbstverständnis anhängen, das weiterhin von russischer Größe träumt, sollte man durch demonstrativ vorgetragene Verhandlungsbereitschaft vermeiden, das Feindbild zu bestärken. In unbefangenen Interviews mit einfachen Menschen aus der Weltkriegsgeneration, die der französische Philosoph und Journalist Bernard-Henry Lévy geführt hat, wurde deutlich, dass ihre Zustimmung zu diesem Vernichtungskrieg auf dem Glauben beruhte, dass das ukrainische Militär selbst die eigenen Städte zerstört habe, um die russischsprachigen Mitbewohner\*innen zu vernichten oder zu vertreiben. Das lässt zumindest erkennen, dass sie anders darüber denken würden, wenn sie wüssten, dass ihre Armee solche Untaten begeht. Das könnte auf die Dauer durchsickern und wirksam werden.

Aber es ist auch nicht von der Hand zu weisen, was meine ukrainische Gesprächspartnerin mit ihren Russischkenntnissen z.Zt. im Internet findet: dass es dort eine weit verbreitete und unglaubliche Hetze gegen das ukrainische "Brudervolk" gibt. Zusammen mit der Beobachtung, dass auch weltläufige intellektuelle Kreise eine rücksichtslose Machtpolitik Russlands zu Erreichung einstiger Größe befürworten, besteht jedoch wenig Hoffnung, dass die von uns vermeinte "Wahrheit" über diesen Krieg zu einem Umdenken führen könnte. Wie auch für die deutsche Bevölkerung im Blick auf ihre Zustimmung zu Hitler ist nicht mehr von der Hand zu weisen, auch weite Teile der russischen Bevölkerung in die Mitverantwortung einzubeziehen.

Es bleibt deshalb weiterhin die historische Aufgabe einer Konfrontation der russischen Bevölkerung mit dem Terror der Stalinzeit. Das bedeutet auch, sich klar zu werden, dass deren Unterdrückungssystem innenpolitisch noch grausamer und tückischer agiert hat als selbst Hitlers Deutschland. Auch dass Stalin außenpolitisch zu ähnlicher Skrupellosigkeit wie Hitler bereit und fähig war (Hitler - Stalinpakt), wird gezielt umgangen. Auch für sein militärisches Agieren gilt, dass in einem unvorstellbaren Ausmaß ein massenhaftes Sterben russischer Soldaten in Kauf genommen wurde, um mit der puren Überlegenheit der Anzahl an Soldaten den überlegenen Feind zu überwinden. Wer solche Opfer gebracht hat, will verständlicherweise davon nichts hören. Dass man damit das nationalsozialistische Deutschland am Ende besiegt hat, ist gewiss rühmend, rechtfertigt jedoch nicht die Untaten, die dieses Regime auch schon vor dem Krieg begangen hat. Erst Recht nicht in einer Situation, in der eine solche Bedrohung Russlands durch ein totalitäres Regime offensichtlich nicht gegeben ist. Noch abwegiger ist, dass nun der Vorwurf des Faschismus gegen die Ukraine dafür herhalten muss, das eigene Regime und Verhalten diesem Feindbild des Faschismus anzunähern. Also darf man sich auch keine Illusionen in Bezug auf ein Erwachen der russischen Bevölkerung machen. Aber man möchte dennoch die Hoffnung hegen, dass in einer beruhigten Situation, realistischere Informationen, die Interessenlagen und das Streben nach einer besseren Zukunft zu tragbaren Lösungen führen kann.

Das dringlichste Problem, was dazu zwingt, diesen Krieg - wie auch immer - zu beenden oder einzuhegen, ist die Klimapolitik mit allem, was den Zustand dieser Erde dramatisch verändert. Sie ist und bleibt die vordringlichste Aufgabe, in die auch Russland und China wie die USA eingebunden bleiben müssen. Sie wird nicht vorankommen, wenn nicht wieder ein Mindestmaß an abgesicherter Zusammenarbeit auch mit Russland erreicht wird. Das setzt den Willen voraus, die Ausgaben für die Aufrüstung im Sinne einer Option für Abrüstung zu gestalten. Sich einzugestehen, dass die NATO schon gegenwärtig allein von der Ausgabenseite nicht so schwach ist, dass eine massive Aufrüstung notwendig wäre. Das Geld ist für die unumgängliche Transformation zur Rettung der Biosphäre einzusetzen. Auch kann man so viel Rationalität unterstellen, dass ein totaler Atomkrieg auch von russischer Seite nicht riskiert werden wird. Dass aber das Augenmerk auf die Unterbindung begrenzter Atomschläge gerichtet werden muss, ist offensichtlich geworden. Auch auf die Frage, wie man mit der skrupellosen Androhung eines Atomschlags strategisch und politisch umgehen kann, wird dringend eingegangen werden müssen.

Langfristig sind also die Optionen einer klugen Friedenspolitik, die atomare und konventionelle Abrüstung, die Kooperation in einer globalen Klimapolitik, die Energiewende usw. als unumgängliche Notwendigkeiten festzuhalten. Allen Menschen "guten Willens" ist dies weiterhin nahe zu bringen. Sie haben das Mandat dazu, auch wenn die Realitäten bis zur Verzweiflung dagegen sprechen. Selbst die unwilligsten und totalitärsten Regime werden im Interesse an ihrem eigenen Überleben an diesen Notwendigkeiten nicht vorbeikommen. So gilt es, auch mit Russland wieder in einen konstruktiven Dialog und für beide Seiten förderliche Beziehungen einzutreten, wenn dies wieder möglich wird. Das höhnische Verwerfen der bisherigen Annäherungsversuche sowie die Optionen, Russland zu ruinieren, tragen nur zu einer noch düsteren Zukunft bei. Schon jetzt gilt es, solche Überlegungen zu einer Kompromisslösung durchzudenken und anzustreben.

Allerdings werden sie vermutlich nur eine Chance haben, wenn das Druckmittel der Sanktionen und weiterer Maßnahmen beibehalten werden und die Bereitschaft, auch deren Nachteile für uns in Kauf zu nehmen, erhalten bleibt. So könnten sie sogar, wie Minister Harbeck es sieht und betreibt, zumindest bei uns zu einer Beschleunigung des Ausbaus erneuerbarer Energien führen und somit zur Lösung des Hauptproblems beitragen. An die Adresse der Grünen gesagt, denen ich selber zugehöre, ist es zwar sehr ehrenwert, auf den völkerrechtlichen Vorgaben und ethischen Prinzipien weiterhin zu bestehen, jedoch nicht in einer Weise, die jede Kompromisslösung verbaut. Was immer auch die Gefahr einschließt, die Balance zu verlieren. Nietzsche spricht in Übereinstimmung mit dem Historiker Jakob Burckhardt von der "Plastischen Kraft", die das geschichtliche Leben, aber insbesondere die Politik braucht. Es ist eine Kraft, die Widersprüche und Ambivalenzen des gelebten Lebens auszuhalten, Verlorenes zu ersetzen, Katastrophen auszuheilen und alle Elemente in ein resonantes und funktionierendes Gefüge einzubauen. Also das jeweils Gegebene in ein plastisches Gefüge zu verwandeln, wie die Kunst es anstrebt, und nicht dem Ideal eines durchgängig berechenbaren und in diesem Sinne beherrschbaren Systems zu verfallen.